Nr. 72. — Zweites Blatt.

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Freitag, 12. Februar 1897.

Verantwortlicher Redakteur: R. O. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: R. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3—4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 Mk. vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Kleinzeile oder deren Raum im Morgenblatt 15 Pf., im Abendblatt und Reklamen 30 Pf.

Annahme von Anzeigen Kohlmarkt 10 und Kirchplatz 3.

Vertretung in Deutschland: In allen größeren Städten Deutschlands: R. Mosse, Haasenstein & Vogler, G. L. Daube, Invalidendank. Berlin Bernh. Arndt, Max Gerstmann. Elberfeld W. Thienes. Greifswald G. Illies. Halle a. S. Jul. Barck & Co. Hamburg Joh. Nootbaar, A. Steiner, William Wilkens. In Berlin, Hamburg und Frankfurt a. M. Heinr. Eisler. Kopenhagen Aug. J. Wolff & Co.

Deutscher Landwirthschaftsrath.

In seiner gestrigen Sitzung beschäftigte sich der Landwirthschaftsrath zunächst mit der Reform des Schlachtviehhandels und die Bedeutung der Kühlhäuser an Schlachthöfen für die Landwirthschaft und gelangte dazu folgende Resolution zur Annahme: I. Der Schlachtviehhandel und die amtliche Preisnotirung für Schlachtvieh sind dringend einer durchgreifenden Reform bedürftig. Zu dem Zwecke ist dafür zu sorgen: 1. daß die Lebendgewichtsnotirung an allen größeren Schlachtvieh-Handelsplätzen baldigst durchgeführt wird; 2. daß, wo neben derselben vorläufig die Schlachtgewichtsnotirung aus Gründen bisheriger Gewohnheit noch beibehalten werden muß, dieselbe nach einheitlichen Grundsätzen erfolgt; 3. daß die amtlichen Notirungen durch eine besondere, aus Vertretern sämtlicher Interessenten bestehende Kommission nach Marktschluß erfolgt; 4. daß die Notirungen nach für alle Handelsplätze möglichst gleichartigen Qualitätsklassen vorgenommen und veröffentlicht werden; 5. daß für alle Schlachtvieh-Handelsplätze Jedem zugängliche Marktordnungen aufgestellt werden, welche den Verkehr regeln und die sonstigen, Geltung habenden lokalen Handelsgebräuche amtlich festlegen. Ueber diese Marktordnungen sind vor Erlaß auch die Vertretungskörperschaften des landwirthschaftlichen Gewerbes zu hören. II. Die Bestimmungen über die Beanstandung des Fleisches von Schlachtthieren, sowie die Verwerthung des beanstandeten Viehes bedürfen, insbesondere in Norddeutschland, einer Revision, sowie Ergänzung und zwar im Interesse sowohl der Produzenten wie der Konsumenten. Die allgemeine Errichtung von Freibänken ist dringend geboten. III. Eine sanitäre Kontrolle der aus dem Auslande zur Einführung gelangenden Viehprodukte erscheint im allgemeinen Interesse dringend geboten. IV. Eine gesetzliche Regelung des Verkehrs mit Vieh auf den Schlachtviehhöfen im Sinne vorstehender Anträge erscheint durchaus geboten. V. Die Kühlhäuser dienen insofern auch den Interessen der Landwirthschaft, als durch sie eine bessere Verwerthung beanstandeten Fleisches möglich wird. Das Kühlhaus eines Schlachtviehhofes sollte aber nur für das Fleisch des auf diesem geschlachteten Viehes zur Verfügung stehen. Der Landwirthschaftsrath wolle beschließen, seinen Vorstand zu ersuchen, Erhebungen zu pflegen: a) über das Schlachviehversicherungswesen und eine eventuelle gesetzliche Regelung desselben, b) über die Zweckmäßigkeit amtlicher privilegirter Viehmarktskassen nach dem Wiener Muster an den Schlachtviehhöfen und über die Ergebnisse in nächster Plenarsitzung Bericht erstatten zu lassen.

Wegen Organisation des landwirthschaftlichen Kreditwesens haben der ständige Ausschuß des deutschen Landwirthschaftsraths und die Kommission für Schulderleichterung und Schuldentlastung des ländlichen Grundbsitzes folgende Leitsätze über die Reorganisation des landwirthschaftlichen Kreditwesens aufgestellt: „Die bestehenden bezw. angebahnten Organisationen für den landwirthschaftlichen Real- und Personalkredit (insbesondere die Landschaften, und andere auf dem Genossenschaftsprinzip aufgebauten Realkredit-Institute, sowie die vorhandenen Landes-Kredit- und Hülfskassen, dann Provinzial- und Kreis-Institute einerseits, sowie die Raiffeisen'schen und nach Raiffeisen'schem Muster errichteten Darlehuskassen, Vereine und Verbände mit Zentralkassen und die Preußische Zentral-Genossenschaftskasse andererseits) entsprechen im Ganzen dem Kreditbedürfnisse der Landwirthe. Es handelt sich lediglich darum, abgesehen von Verbesserungen dieser Institute nach einzelnen Richtungen, die bestehenden Organisationen territorial weiter auszudehnen und ihre Benutzung, namentlich für den kleinen Grundbesitz, zu erleichtern und zu vereinfachen."

Diese Leitsätze wurden angenommen, ebenso folgende Resolution: 1. Eine allgemeine Erweiterung der Beleihungsgrenze bei Landschaften und ähnlichen öffentlichen Kreditinstituten ist prinzipiell nicht zu befürworten. 2. Die Nothlage, in welcher sich die Landwirthschaft großer Gebietstheile befindet, rechtfertigt den Wunsch, daß die Ablösung der Nachhypotheken durch staatliche Beihülfe und unter Mitwirkung der in Nr. 1 genannten Institute erleichtert werde, insoweit dadurch tüchtige Wirthe in ihrem Besitz erhalten werden können. 3. Die Nothstandshülfe ist im einzelnen Fall an die Bedingung zu knüpfen, daß für den zu entlastenden Grundbesitz eine seine Ertragsfähigkeit entsprechende Beschränkung der Verschuldbarkeit auf längere Zeit Platz greift. Ebenso ist in anderen Fällen (Ansiedlungsgüter u. s. w.) die Einführung von Verschuldungsbeschränkungen und deren freiwillige Uebernahme staatlicherseits möglichst zu fördern. 4. Die obligatorische Einführung einer Verschuldungsgrenze ist unausführbar. 5. In den Bezirken, wo es der Volkssitte entspricht, ist das Inteftat-Anerbenrecht einzuführen. Geh. Ober-Regierungsrath Hermes vom landwirthschaftlichen Ministerium: Ein sehr wesentliches Mittel, den beregten Uebelständen abzuhelfen, wäre die Umwandlung der bäuerlichen Privathypotheken in unkündbare Pfandbriefhypotheken. Die bäuerlichen Privathypotheken, von denen im Besitz der Sparkassen in Preußen sich allein 1 Milliarde Mark befinden, werden von diesen mit 3 bis 3½ Proz. beliehen. Durch Umwandlung dieser Privathypotheken in unkündbare Pfandbriefhypotheken würden jährlich 10 Millionen gespart werden. Das erforderliche Geld zur Umwandlung sei bei den Landschaftskassen in Preußen bereits vorhanden. Ferner werde die Hebung des Pfandbriefkourses gewünscht. Er richte daher an die Mitglieder des deutschen Landwirthschaftsraths, die ja sämtlich in weiten Kreisen großen Einfluß besitzen, die Bitte, dafür zu wirken, daß das große Publikum seine Ersparnisse in sicheren Pfandbriefen anlege, dann werde der Kours von selbst ein höherer werden. Die wachsende Verschuldung des ländlichen Grundbesitzes entstehe nicht durch Eingehung von neuen, sondern durch Konvertirung der alten Schulden. Die Beleihung des ländlichen Grundbesitzes durch die Landschaften schreite täglich vor und es sei kein Zweifel, daß wir uns erst in dieser Beziehung im Anfangsstadium befinden. Die Regierung habe die beregten Uebelstände wohl schon in nähere Erwägung gezogen, der Abhülfe derselben stehen aber noch große Schwierigkeiten entgegen. Seiner persönlichen Meinung nach seien Personal-Kredit-Genossenschaften im Stande, so manchen Uebelstand zu beseitigen. Jedenfalls müsse Jeder, der ein Herz für die Landwirthschaft habe, bemüht sein, Hülfe zu bringen.

Zur Bewegung auf Kreta.

Wien, 11. Februar. Wie die „Pol. Korr." aus London meldet, findet zwischen den Kabinetten der Mächte ein reger Meinungsaustausch über ein einvernehmliches Vorgehen wegen Kretas statt. Die Bestrebungen verfolgen ein zweifaches Ziel, einmal auf Erlöschen des Aufstandes hinzuwirken und dann einen Abbruch der Beziehungen zwischen der Türkei und Griechenland zu verhüten. Dieser Uebereinstimmung der Auffassung aller Mächte entsprechend, sind den Botschaftern in Konstantinopel, sowie den Vertretern in Athen und den Konsuln in Kreta im Wesentlichen gleichlautende Anweisungen zugegangen.

Wien, 11. Februar. In wohlunterrichteten Kreisen hält man hier an der Ueberzeugung fest, daß selbst im Falle eines türkisch-griechischen Krieges dieser lokalisirt bleiben werde. Alle Großmächte, auch England, hätten in Athen die dringendsten Warnungen vor einem Angriff auf die Türkei erhoben. Griechenland würde im Falle eines angriffsweisen Vorgehens von allen Mächten seinem Schicksale überlassen bleiben; auch wurde die griechische Regierung benachrichtigt, daß die Pforte an der thessalischen Grenze über eine bedeutende Truppenmacht verfüge, dem Angriff Griechenlands wirksamen Widerstand entgegensetzen könnte. Es bestätigt sich, daß die Türkei die Großmächte aufgefordert hat, bei Griechenland Vorstellungen zu erheben. Die bezügliche Note der Pforte ist noch vor dem Auslaufen der griechischen Flotte abgegangen. Die Mächte seien, zumal das Vorgehen Griechenlands auf Rücksichten innerer Politik und Erwägungen im Interesse der Dynastie zurückgeführt wird, entschlossen, die Störung des europäischen Friedens und jede weitere Ausdehnung des griechisch-türkischen Streites mit allen Mitteln zu verhindern.

London, 11. Februar. Die „Times" melden aus Athen vom gestrigen Tage, die Entsendung der Torpedobootsflottille sei erfolgt auf die Nachricht, daß ein Torpedoboot die Dardanellen zur Fahrt nach Kreta verlassen habe und Truppen in Saloniki eingeschifft sein sollten. Das kretische Zentral-Komitee, dessen Vorsitzender Remeri, der frühere Gouverneur der Nationalbank, ist, habe große Vorbereitungen zur Unterstützung der kretischen Sache getroffen. Eine erste Abtheilung von 600 bewaffneten Kretern sei am Abend nach Kreta abgegangen.

London, 11. Februar. „Pall Mall Gaz." erfährt, die britische Regierung betrachte die Entsendung der griechischen Torpedoflottille nach Kreta als hochernstes folgenschweres Ereigniß. Griechenland habe die Mächte von seinen Absichten nicht unterrichtet und die Vorbereitungen zu deren Ausführung sorgfältig geheimgehalten. Es dürfe zuversichtlich erwartet werden, daß Lord Salisbury eine sehr entschlossene Haltung annehmen werde und daß unverzüglich kräftige Schritte ergriffen werden würden, um die üble Wirkung des Vorgehens Griechenlands abzuschwächen.

Konstantinopel, 11. Februar. Hier aus Kanea eingetroffene Meldungen besagen, daß in Kanea nur Mohamedaner zurückgeblieben sind. Alle Christen befinden sich auf den Kriegsschiffen, von welchen sie nach Milo gesandt werden. Die christlichen Aufständischen in der Nähe von Kanea erwarten Zuzüge aus dem Innern des Landes, besonders Sphakioten, und Munitionssendungen, worauf sie gegen die Stadt vorrücken wollen. Die Stimmung im Lager ist seit der Proklamirung der Union mit Griechenland einer Verständigung wenig günstig. In Kandia und Rethymo wird von den Mohamedanern geplündert. Fremde Kriegsschiffe, darunter auch griechische, sind dahin abgegangen. An mehreren Orten plündern die Mohamedanern militärische Waffendepots.

Athen, 11. Februar. Auf die Meldung, daß ein türkisches Torpedoschiff die Dardanellen heute nach Kreta passirt habe und daß sich türkische Truppen bei Saloniki eingeschifft hätten, verließ um Mitternacht ein griechisches Geschwader von acht Torpedobooten erster Klasse den Hafen Piräus unter dem Kommando des Seekapitäns Prinzen Georg mit geheimen Befehlen. Der Enthusiasmus in Athen und im Piräus bei der Abfahrt des Prinzen spottet jeder Beschreibung. Somit haben sich die heutigen Erklärungen Delijannis nicht als leere Redensarten erwiesen. Die Flotte hat unzweifelhaft den Befehl erhalten, jede Landung türkischer Verstärkungen auf Kreta durch alle Mittel zu verhindern. Gleichzeitig ist nach Kreta ein großer Privatdampfer abgefahren, der Waffen, Munition und 600 bewaffnete Kretenser transportirte. Dies ist die erste Sendung der großen Vorbereitungen, die vom hiesigen Zentralausschuß der kretensischen Nationalwehr veranstaltet werden. Die griechische Regierung hat heute Abend an die Großmächte ein Rundschreiben gerichtet, dessen Inhalt erst morgen zuverlässig bekannt werden dürfte. Der Generalgouverneur Kretas, Berowitsch Pascha, ist in Chaleppa unter dem Schutze des griechischen Konsulats, bewaffneter Kretenser, der Montenegrinen-Gendarmen und einer Truppe griechischer Matrosen vom griechischen Panzerschiff „Hydra".

Aus dem Reiche.

Der **Kaiser** ehrte den am Sonntag im Alter von 96 Jahren verstorbenen ältesten General der preußischen Armee, den Generalmajor z. D. Adolf v. Götze, indem er zu der Beisetzung, die gestern auf dem Garnison-Kirchhof in der Hasenhaide stattfand, den Kommandeur seines Hauptquartiers, den General v. Plessen, entsendete, der einen Kranz mit der kaiserlichen Initiale auf der breiten weißen Schleife am Sarge niederlegte. Die Honneurs bei der Feier machte der älteste Sohn, der kommandirende General des 7. Armeekorps. Für das Generalkommando des 7. Armeekorps überbrachte der Generalmajor von Uslar aus Münster einen Kranz. Weitere Kränze widmeten der Militärintendant und die Mitglieder der Intendantur des 7. Armeekorps und die Offizierkorps des Kürassierregiments Nr. 4, des 22. Feldartillerie-Regiments, des Infanterie-Regiments von Herwarth und des 7. Trainbataillons. Die Rede hielt der Garnisonpfarrer Göns. — **Kammergerichtsrath Hoffmann** hat seine Entlassung eingereicht. Herr Hoffmann ist 1862 Gerichtsassessor geworden, zum Stadtrichter in Berlin wurde er 1869, zum Stadtgerichtsrath 1875 ernannt. Bei der Justizreorganisation wurde er Amtsgerichtsrath bei dem Amtsgericht I hierselbst, 1892 wurde er zum Kammergerichtsrath befördert. Vor einer Reihe von Jahren hat Herr Hoffmann auch dem Reichstag angehört, er vertrat als Mitglied der Fortschrittspartei den zweiten Berliner Wahlkreis. — Der **sächsische Landtagsabgeordnete Philipp** ist gestorben. Er gehörte der liberalen Richtung an. — **Frhr. Karl v. Washington**, kgl. baierischer Kämmerer und Ob.-Lieut. a. D., ist am 8. d. M. in Erding bei München, 63 Jahre alt, gestorben. — Der Landgerichtspräsident a. D., Geheimer Ober-Justizrath **Josef Anton Wachter** in Köln, ist am 9. d. M., 67 Jahre alt, gestorben. — In der gestrigen Stadtverordneten-Versammlung zu Berlin rief die Magistratsvorlage, 120 000 Mark zur **Ausschmückung der Feststraßen** bei der Feier des **100jährigen Geburtstages Kaiser Wilhelms** I. zu bewilligen, eine längere Debatte hervor. Stadtverordneter Cassel und Genossen beantragten, die Vorlage an einen sofort zu ernennenden Ausschuß von 15 Mitgliedern zur Vorberathung zu überweisen, weil sie, obgleich auf dem Boden der Vorlage stehend, doch hinsichtlich einzelner untergeordneter Punkte noch Bedenken hatten. Stadtverordneter Kreitling verlas eine von 21 Stadtverordneten, Mitgliedern der äußersten Linken, unterschriebene Erklärung, dahin gehend, daß sie gewillt seien, des hundertjährigen Geburtstages des verewigten Kaisers in Ehren zu gedenken, aber glaubten, im Sinne desselben zu handeln, wenn sie den Betrag von 120 000 Mark der Kaiser Wilhelm- und Augusta-Stiftung überwiesen. Nach weiteren Debatten, in die auch der Oberbürgermeister Zelle eingriff, darauf hinweisend, daß für die Reichshauptstadt doch eine gewisse Pflicht bestände, ihr Haus festlich zu schmücken, man nur einer alten Gepflogenheit treu bleiben und die Bürgerschaft es nicht verstehen würde, wollte man diesmal davon abweichen, wurde die Vorlage mit großer Majorität an einen Ausschuß von 15 Mitgliedern verwiesen. — Seitens der freisinnigen Vereinigung wurden als **Vertrauensmänner** für die Verhandlungen mit der **freisinnigen Volkspartei** behufs eines gemeinsamen Zusammengehens bei den Wahlen die Abgg. Brömel, Barth und Pachnicke bestimmt. Abg. Rickert hatte gebeten, einstweilen von seiner Theilnahme abzusehen. — Die **Einverleibung der an größere Städte angrenzenden und mit diesen räumlich zusammenwachsenden Gemeinden** nimmt immer mehr zu. Dem preußischen Herrenhause sind zwei Vorlagen zugegangen, welche sich auf solche Vereinigungen beziehen. Die eine behandelt den Zusammenschluß der Städte Burtscheid und Aachen, die andere die Eingemeindung der Landgemeinden Kleinburg und Pöpelwitz in die Stadt Breslau. Daß der Landtag gegen diese Vorlagen, aus denen hervorgeht, daß mit der Vereinigung den Interessen aller dabei in Betracht kommenden Gemeinden gedient ist, Widerspruch erheben sollte, ist nicht anzunehmen. — In der Sache der **Katholisirung eines evangelischen Kindes in Gießen** hatte der katholische Pfarrer Bayer gegen den evangelischen Pfarrer Schlosser eine Erklärung erlassen. Pfarrer Schlosser erläßt jetzt eine Gegenerklärung, worin er die Behauptungen des Pfarrers Bayer als unzutreffend zurückweist. — In Wiesbaden traten Generalstabsoffiziere aus Berlin und höhere Eisenbahnbeamte aller deutschen Bundesstaaten, im Ganzen etwa achtzig Abgesandte, welche die **sogenannte Linienkommission** bilden, hier im Viktoriahotel zu ihrer alljährlichen Berathung zusammen.

Deutschland.

Berlin, 12. Februar. Erzherzog Otto von Oesterreich fuhr gestern Nachmittag in Begleitung des Generallieutenants Frhrn. v. Falkenhausen vor dem Gebäude der Akademie der Künste, Unter den Linden, vor und besichtigte dort Munkacsys Bild „Ecce Homo". Der Erzherzog wurde an der Treppe von dem Vertreter des Künstlers, Herrn Gallian, begrüßt und erkundigte sich eingehend über das Befinden Munkacsys. Herr Gallian konnte dem Erzherzog die befriedigende Auskunft geben, daß das Befinden des Malers sich bereits wieder sehr gebessert habe und eine baldige Genesung zu erwarten sei. Der Erzherzog verweilte ungefähr eine Viertelstunde vor dem Gemälde des ungarischen Meisters. Abends nahm Erzherzog Otto in der Bildergallerie des königlichen Schlosses an dem Prunkmahl Theil, das zu seinen Ehren die Majestäten gegeben hatten. Der Erzherzog wird heute um 5 Uhr Nachmittags von hier nach Stuttgart abreisen.

— Ein Theil der Presse beschäftigt sich mit einem gestern von den „Hamb. Nachrichten" gebrachten Artikel „Graf Arnim und Herr von Tausch". Dazu bemerkt die „Nat.-Ztg.": Wir haben schon wiederholt bemerkt, daß es seit längerer Zeit durchaus zweifelhaft ist, wie weit Artikel der „Hamb. Nachr.", auch wenn sie an die Redeweise des Fürsten Bismarck anklingen, auf diesen zurückzuführen sind, und wie weit es daher geboten ist, sich mit derartigen Artikeln, sofern sie nur unter der Voraussetzung Friedrichsruher Ursprungs beachtenswerth sein würden, zu beschäftigen. Dies ist auch im vorliegenden Falle sehr zweifelhaft. Der Artikel knüpft daran an, daß in der Sitzung des Reichstages vom 6. Februar der Abg. Lieber Verwahrung gegen die Behauptung eingelegt habe, daß ein Prozeß wie der gegen Leckert-Lützow-Tausch unter dem Fürsten Bismarck nicht möglich gewesen sei, worauf ihm seine Gesinnungsgenossen mit dem Rufe „Arnim!" zustimmten. Es wird in dem Hamburger Blatte nun ausgeführt, daß Graf Harry Arnim und Tausch nicht mit einander zu vergleichen seien. Das ist gewiß richtig, jene Zwischenrufer fanden aber die Analogie offenbar darin, daß in den Arnim-Prozessen Interna der Regierung ebenso, oder vielmehr in noch weit höherem Grade vor Gericht gezogen wurden, als im Prozeß Leckert-Lützow. Die „Hamb. Nachr." stellen dann über die Arnim-Prozesse Behauptungen auf, welche wegen ihrer Unhaltbarkeit den Zweifel an dem Friedrichsruher Ursprung des Artikels verstärken: das Auswärtige Amt soll damals durch die Verurtheilungen Arnims in den doch seitens desselben Auswärtigen Amts veranlaßten Prozessen peinlich überrascht worden sein! Das steht im krassesten Gegensatz zu der damaligen, jahrelangen Bekämpfung Arnims mit allen gerichtlichen und sonstigen Mitteln der Staatsgewalt. Schließlich führt das Hamburger Blatt weitläufig aus, man hätte Tausch im Stillen unschädlich machen können, indem man ihm ein anderes Ressort übertrug. Freilich hätte das geschehen können, aber die Polizeipräsidenten und Minister des Innern, bei denen über die politische Polizei Beschwerde geführt ward, wollten es nicht. Wir zählen den Artikel zu denjenigen publizistischen Leistungen, welche den Fürsten Bismarck während seiner Amtsführung zu häufigen Verwahrungen dagegen, daß er für den gesamten Inhalt seiner offiziösen Presse einstehen könnte, veranlaßten; wir erwähnen ihn, weil er anderweitig erörtert wird. Möglicherweise wird zu Erörterungen noch weiter der Schluß Anlaß geben, welcher lautet:

„Vielleicht giebt die Fortsetzung des Prozesses Tausch auch noch Aufklärung darüber, was es mit der Bebel'schen Verdächtigung über einen Brief aus Friedrichsruh, den Tausch besessen haben soll, für eine Bewandtniß hat. Wenn Herr Bebel hier nicht in einen der ihm geläufigen Irrthümer verfallen ist, so müßte es sich dabei um eine erfolglose Briefmarderei handeln, die wir regulären Postbeamten nicht zutrauen können und die uns geneigt macht, der Legende Glauben zu schenken, daß Herr v. Tausch in Postuniform auf der Eisenbahn die Friedrichsruher Korrespondenz perlustrirt habe. Wir können uns mit diesem Bilde schwer vertraut machen; aber auf welchem anderen Wege soll der Inhalt des Briefes zur Kenntniß des Gewährsmannes des Herrn Bebel gelangt sein?"

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 11. Februar. Zwischen dem deutschnationalen Lehrer und Gemeinderath Tomanek und Lueger kam es in der heutigen Gemeinderathssitzung zu einem großen Skandal, der damit endete, daß die Antisemiten Tomanek zuriefen: „Hinaus mit dem Judenknecht!" und diesen auch in aller Form zur Thüre hinausdrängten, worauf Lueger dem Hause zurief: „So ist's recht, so muß man solche Leute behandeln!" Tomanek hatte im Laufe des Streites Lueger mit: „Sie infamer Lügner!" apostrophirt.

Luxemburg.

Luxemburg, 11. Februar. Die Deputirtenkammer verwarf mit 28 gegen 11 Stimmen eine gegen den Staatsminister Eyschen gerichtete Tagesordnung, in welcher die Einsetzung einer Kommission verlangt wurde, welche eine Untersuchung über die Ackerbauverwaltung anstellen sollte.

England.

London, 11. Februar. Wie dem „Reuter'schen Bureau" aus Tanger gemeldet wird, sollen mehrere Verhaftungen vorgenommen worden sein, die mit der Ermordung des Deutschen Häßner im Zusammenhange stehen.

Die Leuchtfeuer an den deutschen Seeküsten.

Ueber dieses Thema hielt in der letzten Versammlung des Berliner Bezirks-Vereins deutscher Ingenieure der königliche Maschinen-Inspektor Truhlsen einen Vortrag, dem wir Folgendes entnehmen:

Die Nothwendigkeit nächtlicher Seefeuer ist zwar sehr früh erkannt worden und hat auch zu angemessenen Lösungen der Aufgabe geführt, — soll doch der Koloß von Rhodus diesem Zwecke gedient und das Feuer des Thurmes auf der Insel Pharos vor der Nilmündung bereits im dritten vorchristlichen Jahrhundert 170 Seemeilen weit geleuchtet haben —, die große Mehrzahl aller Leuchtfeuer hat jedoch ihre Anlage erst dem 18. und 19. Jahrhundert zu verdanken. Das älteste deutsche Leuchtfeuer soll nach Angabe einer Stralsunder Chronik im Jahre 1306, östlich von Rügen, angezündet worden sein; aus Malmö wird schon 1120 von einem Leuchtfeuer berichtet. Gegenwärtig hat die deutsche Nord- und Ostseeküste deren im Ganzen 427, längs der Küste so vertheilt, daß bei mittlerem Wetter der Schiffer in der Nähe der Küste zu seiner Orientirung immer wenigstens eines sieht. Die Lichtquelle war ursprünglich offenes Feuer, später Kohlenfeuer. Seit 1824 hat der mit Pflanzenöl, später mit Mineralöl gespeiste Argand-Brenner von 180 Kerzenstärke sich allmälig eingeführt. Er ist noch heute bei den meisten Leuchtfeuern in Anwendung; denn von den überaus hellen, über 20 000 Lichtstärken entwickelnden elektrischen Seefeuern sind im Ganzen erst 36 vorhanden, wovon 6 auf England, 13 auf Frankreich, 1 auf Italien und 2 auf Deutschland entfallen. Gas ist nirgends in Anwendung. Der Mittel, die Lichtstrahlen zu sammeln und ihre Zerstreuung nach andern Richtungen als gegen den Horizont zu verhindern, hat es von jeher verschiedene gegeben. 1763 wurde zuerst in England der parabolische Spiegel angewandt, der alle von der Lichtquelle in seinem Brennpunkt auf ihn fallenden Lichtstrahlen parallelisirt. Die Erwägung jedoch, daß alle nicht reflektirten Lichtstrahlen durch ihre Zerstreuung nach allen Seiten für den Leuchtzweck verloren gehen, hat neuerdings dahin geführt, daß man von Spiegeln gänzlich absieht und sich dafür des nach seinem Erfinder benannten Fresnel'schen hohlen Glaskörpers von 1,8 Meter Weite und 2,7 Meter Höhe bedient, dessen obere und untere, prismatisch ausgeschliffene Wandung alle von innen auf sie fallenden Strahlen vollständig reflektirt, während der mittlere linsenförmig gestaltete Theil der Wandung sowohl jene reflektirten, als die direkt auffallenden Strahlen sammelt und im ganzen Umfange dem Leuchtzweck in der bestimmten Richtung zur Verfügung gestellt. Wie durch diesen Leuchtapparat die verschiedenen Arten der Leuchtfeuer entstehen, deren verschiedene, allgemein genau bekannte Merkmale dem Fischer in dunkelster Nacht die Orientirung gestatten, die festen Feuer, die festen Feuer mit periodischem Blink, die Drehfeuer und Funkelfeuer, welche 10—22 Seemeilen weit leuchten, das erläuterte der Vortragende an vorzüglich anschauliche Zeichnungen aufs eingehendste. Die größte Schwierigkeit für ausgiebige Beleuchtung der Küsten bietet nebliges Wetter, zumal die stärkere Lichtquelle keineswegs im Verhältniß ihre Lichtstärke den Nebel durchdringt. So ist ein Licht von 20 Kerzenstärken bei klarem Wetter 5, bei nebligem 3 Seemeilen weit, ein Licht von 10 000 Kerzenstärken bei klarem Wetter 22, bei nebligem aber nur 10 Seemeilen weit sichtbar. Die Sichtigkeit bei Nebelwetter zu steigern, versprechen die elektrischen Leuchtfeuer, welche neuerdings vom Lande aus mit Elektrizität gespeist werden; nur sind sie in der ersten Anlage und in der Unterhaltung äußerst kostspielig. Das große Leuchtfeuer von La Heve bei Le Havre von 50 Seemeilen Sichtbarkeit braucht z. B. zur Erzeugung eines Lichtes von 23 000 Kerzen 100 Amperes.

Zur Arbeiterbewegung.

Hamburg, 11. Januar. In einer Versammlung von zweitausend Schauerleuten wurde ein Beschlußantrag angenommen, durch welchen dieselben sich verpflichten, den von den Stauern verlangten Revers nicht zu unterzeichnen; das Versprechen, mit den fremden Arbeitern zu arbeiten und sie nicht aufzuklären, könnten sie doch nicht halten. Lieber würden sie auf die angebotene Arbeit verzichten. — Heute Nachmittag hatten die sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten v. Elm und Frohme eine Besprechung mit dem Senator O'Swald. Senator O'Swald theilte den Herren mit, daß wenig Aussicht auf eine Wiedereinstellung der am Ausstand betheiligt gewesenen Staatsquaiarbeiter vorhanden sei, da man den Ersatzleuten der seinerzeit ausgeschiedenen Arbeiter gegenüber gewisse Verpflichtungen übernommen habe und an eine Entlassung der fremden Arbeiter nicht denken könne.

Städtisches.

Stettin, 12. Februar.

Wir haben über den äußern Verlauf der letzten Stadtverordnetensitzung in Grabow a. O., in welcher sich die dortigen Stadtverordneten mit der Eingemeindungsfrage Grabows in Stettin zu beschäftigen hatten, bereits berichtet. Wir kommen aber heute auf dieselbe zurück, da die bei dieser Gelegenheit gehaltene Rede des Herrn Teschendorff, welcher in der Versammlung über den Gesetzentwurf des Herrn Regierungspräsidenten von Sommerfeld namens der Finanzkommission referirte, doch eine besondere Besprechung verdient. Wir meinen damit nicht die kleinen Hiebe, welche Herr Teschendorff dem Stettiner Magistrat und der Stettiner Stadtverordnetenversammlung ertheilte; — es haben ja die Behörden beider Städte die Aufgabe, in dieser Sache die Interessen der von ihnen vertretenen Stadt wahrzunehmen, und da diese Interessen sich stoßen, so ist es ganz natürlich, daß auch die beiderseitigen Vertreter sich gegen einander erhitzen. Was vielmehr an Herrn Teschendorff's Rede interessant war, das war die sachliche Kritik, die derselbe an dem Gesetzentwurf ausübte.

Herr Teschendorff wies nämlich — um dies gleich vorweg zu nehmen — zahlenmäßig nach, daß die ganze Eingemeindung Grabows in Stettin zum mindestens vollständig überflüssig sei! Herr Teschendorff polemisirte nämlich zunächst gegen das halbe Prozent Umsatzsteuer, welches die Grabower Hausbesitzer als Mehrbelastung bei einem Verkauf ihrer Grundstücke tragen sollen. Dieses halbe Prozent Mehrbelastung soll ihnen aufgelegt werden mit Rücksicht auf die besondern Vortheile, welche Grabow aus der Verwendung von ca. 220 000 Mark für den Bau der Jasenitzer Bahn und anderer Kleinbahnen erwachsen sollen. Herr Teschendorff vermag diese Vortheile überhaupt nicht zu sehen, und fuhr dann fort:

was wird Grabow denn überhaupt für Vortheile haben, wenn der Entwurf, so wie er hier ist, Gesetz werden sollte. Die Grabower Hausbesitzer sollen erstens eine Vorausleistung von 25 000 Mark übernehmen, dann das halbe Prozent Umsatzsteuer gleich 8000 Mark, macht schon 33 000 Mark mehr Steuern. Am 1. April 1898 aber wird Stettin sicher 130 Prozent Einkommensteuer und 195 Prozent der Realsteuern als Gemeindesteuern erheben müssen, was gegen die jetzigen Grabower Steuern (von 120 Prozent Einkommensteuer 2c.) ein Mehr von noch ca. 17 000 Mark ausmacht; Grabow wird daher nach der Eingemeindung in Stettin 50 000 Mark Steuern mehr zu zahlen haben als jetzt. Ja, meine Herren, wenn wir diese 50 000 Mark aber aufbringen müssen, dann können wir auch ganz gut allein fertig werden, dann können wir allen Ansprüchen genügen, welche die Regierung mit Fug und Recht an uns stellen kann! Ich gestehe zu, daß es in der allgemeinen Verwaltung nicht so bleiben kann wie bisher. Wir müssen hier einen Bürgermeister und noch eine Anzahl Beamte (Redner detaillirt dieselben im Einzelnen) anstellen, die einen Mehraufwand von rund 15 000 Mark ausmachen. Diesen 15 000 Mark stehen aber auch 7—8000 Ersparnisse gegenüber, die wir jetzt für Schreibhülfe 2c. in Titel I ausgeben. Die wirklichen Mehrkosten des Titels I würden daher, wenn wir den Beamtenapparat so herstellen, wie die Regierung es fordern kann, immerhin nur 7000 bis 8000 Mark mehr betragen. Auch in der Schulverwaltung brauchen wir nur, um allen Anforderungen zu genügen, welche von Seite der Regierung an uns gestellt werden können, nur 2 Rektoren à 2400 Mark und 2 Lehrer mit einem Anfangsgehalt von 1100 Mark anzustellen; das giebt für die Schulverwaltung einen Mehraufwand von nur 7000 Mark. Hierzu kommen noch ca. 2000 Mark für eine Feuerwehr und einiges für andere Kleinigkeiten, so daß die Personalausgaben, um den Ansprüchen der Regierung genügen zu können, mit 19 000 Mark zu bestreiten wären.

Hier wurde der Redner durch den Ruf: Polizei — unterbrochen:

Nein, meine Herren, fährt derselbe fort,

die Polizei wird uns nicht Mehrkosten machen. Mag die Polizei doch immerhin königlich werden! Was schadet das! Wir haben dann 1,50 Mark für den Kopf der Bevölkerung zu zahlen, während uns die Polizeiverwaltung jetzt 1 Mark 72 Pf. per Kopf kostet. Also mit 19 000 Mark decken wir alle Personalkosten, welche die Regierung nur irgend wie für eine gute Kommunalverwaltung von uns beanspruchen kann; es bleiben uns also von dem Mehr an Steuern von 50 000 Mark für sächliche Unkosten noch 31 000 Mark übrig. Meine Herren, wenn wir dieses Mehr von jährlich 31 000 Mark in die Hand nehmen, können wir auch für die sächlichen Unkosten, Straßenpflaster u. s. w. alles Erforderliche leisten. (Zustimmung!) Ich verzweifle daher durchaus nicht an der Zukunft Grabows, auch wenn wir allein für uns bleiben!

Zwei andere Herren bekannten sich zwar als größere Anhänger der Eingemeindung Grabows und erklärten, den Ausführungen des Herrn Teschendorff nicht in Allem folgen zu können. Herr Holldorf meinte, man könne den Nutzen, den Grabow von der Jasenitzer Bahn haben werde, doch nicht wegleugnen; auch Herr Teschendorff habe früher ganz anders gesprochen; ebenso sei er bereit, auch bis zu dem Maximalsatz von 300 Prozent die 25 000 Mark Vorausleistung zu den Realsteuern zu bewilligen. Ebenso sprach sich noch ein zweiter Redner aus. Beide Herren zogen aber, als Herr Teschendorff erklärte: man könne doch nicht à tout prix (um jeden Preis) Anhänger der Eingemeindung sein, schließlich ihren Widerspruch zurück, und die Stadtverordnetenversammlung Grabows nahm einstimmig die Abänderungsanträge des Herrn Teschendorff an und stellte sich somit einstimmig auf den Boden der Teschendorffschen Ausführungen.

Nun ist ja allerdings zuzugeben, daß Herr Teschendorff in seinem Referate aus dem von ihm angeführten Zahlen nicht den einzig naturgemäßen Schluß zog, sondern trotzdem die Eingemeindung Grabows in Stettin befürwortete, und nur günstigere Bedingungen für Grabow erzielen wollte. Man wird das ja von seinem Standpunkte aus auch verstehen. Aber man wird der Gegenpartei auch nicht verdenken können, daß sie aus den Anführungen des Herrn Teschendorff einen ganz andern, viel weiter gehenden Schluß zieht. Giebt man nämlich die beiden Ausführungen des Herrn Teschendorff zu, erstens: Grabow muß nach der Eingemeindung in Stettin unter allen Umständen 50 000 Mark mehr an Steuern aufbringen als jetzt, und zweitens: Mit einem Mehr von jährlich 50 000 Mark ist Grabow vollständig im Stande, allen Gemeindeaufgaben, welche die Regierung fordern kann, völlig gerecht zu werden — so wird der einzig logische Schluß aus diesen beiden Vordersätzen lauten: — also ist die Eingemeindung Grabows in Stettin überflüssig, der Gesetzentwurf unnöthig! Denn nur allein der Umstand, daß Grabow nicht im Stande wäre, seinen kommunalen Aufgaben nachkommen zu können, kann für die Regierung die Veranlassung sein, Grabow auch gegen den Willen Stettins dennoch durch Gesetz in Stettin einzugemeinden. Ist Grabow dazu aber im Stande, ja kostet Grabow die Sache nicht mehr, als es bei einer Eingemeindung in Stettin doch an Steuern zu zahlen hat, dann ist auch jeder Grund für eine Zwangseingemeindung fortgefallen! Von diesem Gesichtspunkte aus ist die Kritik, welche Herr Teschendorff an dem Gesetzentwurfe übte, die beste weil ziffermäßig am meisten belegte, die bisher geübt ist, und sie ist um so werthvoller, als es nicht ein Stettiner sondern der Referent der Finanzkommission der Grabower Stadtverordnetenversammlung gewesen ist, der sie gegeben hat. Es wird nun allerdings Aufgabe der Stettiner Behörden sein, diese Grabower Kritik an dem Gesetzentwurfe mit ihren vollständig das richtige treffenden Ausführungen bei der Regierung, dem Ministerium und eventuell auch im Landtage gebührend zu verwerthen.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 12. Februar. Die Hundertjahrfeier des Geburtstages Kaiser Wilhelms I. soll nach Bestimmung des Kaisers dreitägig sein. Für den 21. März sind ausschließlich kirchliche Feiern in Aussicht zu nehmen. Am 22. März sollen Schulferien, Festakte, Paraden, Festessen, Festvorstellungen und sonstige Veranstaltungen stattfinden. Der 23. März ist für Volksbelustigungen und volksthümliche Feste bestimmt. Am 22. und 23. März sollen die Dienstgebäude der Behörden illuminirt, an allen drei Tagen aber geflaggt sein.

— Gegenwärtig werden seitens der Behörden Nachforschungen angestellt, ob von den in ihren Bezirken etwa vorhandenen Verbänden und Vereinen wie Feuerwehren, Schützen-, Radfahrer- und Rudervereinen Denkmünzen oder Abzeichen an die Mitglieder verliehen werden. Ist dies der Fall, so ist zu unterscheiden, ob die Abzeichen lediglich dazu dienen sollen, die Zugehörigkeit zu dem betreffenden Vereine 2c. äußerlich erkennbar zu machen, oder ob sie als Auszeichnungen für besondere Verdienste, längere Angehörigkeit 2c. verliehen werden. Derartige Vereine sind bei der Behörde namentlich aufzuführen, auch ist je ein Muster der Auszeichnung und des dazu gehörigen Bandes einzureichen.

— Wie s. Z. der Nord-Ostseekanal, so verursacht jetzt die am 1. Mai in Betrieb kommende neue und direkte Post- und Passagierverbindung zwischen Deutschland und Schweden auf der Linie Saßnitz-Trelleborg den Dänen steigende Beunruhigung. Von dem Nord-Ostseekanal befürchteten sie, er würde den Handel von Kopenhagen fortziehen und überhaupt den Sund öde machen, weshalb sie schleunigst ihren Freihafen bauten, um Kopenhagen zu einem Handelszentrum für den Ostseeverkehr zu machen. Der Sund ist nach Eröffnung des Nord-Ostseekanals ebenso wenig leer geworden, wie der Kopenhagener Freihafen bis jetzt die großen auf ihn gesetzten Hoffnungen erfüllt hat. Die Saßnitz-Trelleborger Linie nun macht ihnen Kummer, weil sie darin eine Gefährdung das dänischen Durchgangsverkehrs u. s. w. sehen, eine Befürchtung, die auch sicher nicht ungerechtfertigt ist. Deshalb hat sich die dänische Presse wiederholt mit der Sache beschäftigt, und oft sind Stimmen für Einsetzung einer Dampffähre auf der Linie Gjedser-Warnemünde laut geworden. So schreibt der Kopenhagener „Dannebrog“, von dänischer Seite sei man bereit, auf dieser Strecke eine Dampffährverbindung herzustellen. Der Hafen von Gjedser sei auch von vornherein unter Berücksichtigung einer solchen Verbindung angelegt. Die Inswerksetzung der Sache hinge von der mecklenburgischen Regierung und der Stadt Rostock ab, indem es nöthig sei, westlich von der Mündung des Warnowflusses einen Dampffährenhafen anzulegen und diesen mit dem Warnemünder Bahnhof in Verbindung zu bringen. Da die mecklenburgischen und die dänischen Interessen, meint das Blatt, in dieser Frage zusammenfielen, hätte man Grund zu der Annahme, daß die mecklenburgische Regierung wirklich die Absicht habe, den Plan einer Dampffährverbindung Gjedser-Warnemünde durchzuführen. Es wäre wünschenswerth, wenn die betreffenden Behörden möglichst schnell dieser Frage näherträten. Durchgehende Wagen, die von den Reisenden nicht verlassen zu werden brauchten, wären hier sehr am Platz. Die mustergültigen dänischen Dampferfährenverbindungen böten einen Beweis dafür, wie sie den Verkehr steigern und erleichtern.

— Ueber den mit dem Bau der hiesigen neuen Hafenanlagen betrauten Unternehmer Karl Vering aus Hannover, der am Dienstag im Alter von 63 Jahren verstorben ist, wird aus Hannover geschrieben: Der Verstorbene war ein Mann von seltener Thatkraft, der es verstanden hatte, sich aus kleinen Verhältnissen emporzuarbeiten. Nachdem er bei seinem Vater, der in den 40er und 50er Jahren beim Bau der Köln-Mindener Stammbahn Fuhren übernommen, thätig gewesen, wurde er im Alter von 23 Jahr n veranlaßt, eine ähnliche Unternehmung beim Bau der Köln-Gießener Eisenbahn zu beginnen. Das Glück war ihm hold; aus dem Fuhrunternehmer wurde ein Lieferant von Kalk und Steinen und gar bald ein Unternehmer für Erdarbeiten, der zunächst im Verein mit Anderen, später allein, Ende der 60er und in den 70er Jahren erhebliche Strecken und verschiedene Bahnhöfe der Venlo-Hamburger Eisenbahn herrichtete. Fernerhin unternahm er unter anderen Erdarbeiten und Bauwerken auch den größten Theil der Bahnhofsumbauten in Hannover, Frankfurt a. M. sowie der Hafenanlagen zu Hamburg und Bremen. Der Firma C. Vering wurde die Ausführung von etwa ein Drittel des Nordostseekanals mit der Schleuse zu Brunsbüttel für etwa 32 Millionen Mark übertragen. Bei Eröffnung des Kanals ernannte der Kaiser den Verstorbenen zum Kommerzienrath. Die in den letzten Jahren übernommenen Arbeiten am Stettiner Freihafen und am Elbe-Trave-Kanal sind noch unvollendet. Neben all der vielseitigen gewerblichen Thätigkeit gewann der Verblichene noch Zeit für gemeinnützige Zwecke und auf eine Hebung des Verkehrs und Wohlstandes gerichtete Bestrebungen. So ließ er noch vor einigen Jahren, um den Bau eines Donau-Elbe-Kanals zu betreiben, in Gemeinschaft mit dem böhmischen Unternehmer Lanna auf eigene Kosten einen Entwurf für den Kanal ausarbeiten. Insbesondere gehörte er zu den treuen Förderern des Mittellandkanals. Der Kanalverein für Niedersachsen, dessen Ausschußmitglied der Verstorbene war, wird daher den werthvollen Rath und seine stets bereite Mithülfe schmerzlich entbehren und ihm ein treues Gedenken für alle Zeiten bewahren.

— Bekanntlich hat das Reichspostamt die Ober-Postdirektionen angewiesen, den von den Berufsgenossenschaften und Ausführungs-Behörden ergehenden Anweisungen über einmalige Zahlungen von Kosten des Heilverfahrens an andere Personen als die Entschädigungsberechtigten selbst künftig die Folge zu versagen. Der Verband deutscher Eisen- und Stahl-Berufsgenossenschaften hat nunmehr gegen diese Verfügung bei dem Reichskanzler Einspruch erhoben, mit dem Hinweis darauf, daß der § 69 des Unfall-Versicherungs-Gesetzes ausdrücklich die Zahlung der auf Grund des Gesetzes festgestellten Entschädigungen durch die Postverwaltungen vorschreibt. Unter Entschädigungen seien aber ebensowohl die Kosten des Heilverfahrens (an Aerzte, Apotheker, Bandagisten 2c.) zu verstehen wie Renten, welche nach Abschluß des Heilverfahrens an Verletzte gewährt werden. Ferner wird darauf aufmerksam gemacht, daß auch seither anstandslos alle Arten von Entschädigungen durch die Postverwaltungen ausgezahlt worden sind und daß durch eine Aenderung der in Rede stehenden Art der Verwaltungsapparat der Berufsgenossenschaften entgegen den in den Motiven zum Ausdruck gebrachten Absichten des Gesetzgebers bedeutend komplizirt und vertheuert werden würde. Der Reichskanzler wird zum Schluß gebeten, eine Aufhebung der Verfügung des Reichspostamts mit thunlichster Beschleunigung veranlassen zu wollen.

— Schießübungen mit scharfen Patronen finden seitens des 1. Bataillons hiesigen Königs-Regiments am Mittwoch, den 17., und Donnerstag, den 18. Februar d. J., in der Zeit von 9 Uhr Vormittags bis 3 Uhr Nachmittags nördlich Wussow im oberen Thal des Siebenbrüderbaches statt. Das gefährdete Gelände wird durch Posten gesperrt, namentlich die Wege — soweit sie in Gefahresbereich liegen — von Klappmühle nach Polchower Ziegelei, von Klappmühle nach Vogelsang, von Wussow nach Vogelsang.

— Morgen Sonnabend findet im Bellevue-Theater wiederum eine Aufführung von „König Heinrich“ mit Herrn Dir. Resemann als „Papst Gregor“ statt. — Sonntag Nachmittag wirkt Herr Dir. Resemann gleichfalls mit und zwar als „Ingomar“ im „Sohn der Wildniß“. Sonntag Abend wird die alte, stets zugkräftige Posse „Der Jongleur“ ihre Auferstehung feiern und ist besonders auf den im letzten Akt eingelegten „Zirkus Stolperkrone“ eine besondere Sorgfalt verwendet.

* Der um 10 Uhr 28 Minuten Vormittags hier fällige Danziger Personenzug hatte heute in Folge von Schneeverwehungen eine Verspätung von 19 Minuten. — Die Strecke Günsterberge-Passelfeld ist für den Verkehr wieder frei geworden.

* Der wegen Unterschlagung steckbrieflich verfolgte Buchhalter Julius Koch befindet sich, wie wir aus zuverlässigster Quelle erfahren, bereits seit einigen Tagen hier in Untersuchungshaft. Nachdem K. das veruntreute Geld, 1200 Mark, in Berlin in angenehmer Gesellschaft verbraucht hatte, kam er hierher zurück und stellte sich der Polizei.

* In einer gestern Abend im Sucker'schen Lokal abgehaltenen Versammlung wurde die in der Kartonagen-Fabrik von Wiese u. Co. kürzlich erfolgte Arbeitseinstellung einer Besprechung unterzogen. Von den in der genannten Fabrik beschäftigten 50 Arbeiterinnen legten in Folge von Lohndifferenzen am letzten Dienstag 15 die Arbeit nieder. Die Versammlung wählte zwecks Anknüpfung von Unterhandlungen eine aus drei Mitgliedern bestehende Kommission. Falls die Verhandlungen zu keinem für die Ausständigen günstigen Resultat führen, soll denselben Unterstützung zu Theil werden.

Geschäftliche Mittheilungen.

Aus den Provinzen.

† **Anklam**, 11. Februar. Ueber das Vermögen des Kaufmanns Leopold Pojawa hierselbst ist das Konkursverfahren eröffnet. Verwalter der Masse ist der hiesige Kaufmann F. Struntz. Anmeldefrist: 4. April.

Wolgast, 11. Februar. Herr Rentier August Schmidt hierselbst vollendete heute sein 102. Lebensjahr. Er ist einer von den vier letzten Veteranen aus der Zeit der Befreiungskriege. Eine Deputation des Krieger-Vereins begab sich zu dem Greise, der in letzter Zeit die Gebrechen des Alters mehr fühlt als vor zwei Jahren bei seiner Hundertjahrfeier, um ihm die Glückwünsche des Vereins zu überbringen. Außerdem empfing Herr Schmidt aus unserer Stadt und von außerhalb zahlreiche Gratulationen. Mög Gott ihm die letzten Lebensjahre zu freundlichen gestalten!

** **Stralsund**, 11. Februar. Gestern Nachmittag wurde in der Nähe unserer Stadt bei einem Bahnübergang ein mit Plansteinen beladener Schlitten des Büdners Otto aus Alt-Zarrendorf von einer Lokomotive überfahren und total zertrümmert. Die Pferde, sowie der den Schlitten führende Besitzer blieben unverletzt.

§ **Köslin**, 11. Februar. In vergangener Nacht wüthete hier ein großes Feuer, dasselbe kam in einem Zigarrenladen in dem Rentier Görlitz'schen Hause in der Bergstraße aus und verbreitete sich sehr schnell, so daß nicht nur das genannte Haus, sondern auch das Nachbargrundstück des Kaufmanns Maiwald vollständig niederbrannte.

‖ **Lauenburg**, 11. Februar. Ueber das Vermögen des Kaufmanns Adolf Hasse, Inhaber der hiesigen Firma Gustav Heincke Nachf., ist das Konkursverfahren eröffnet. Verwalter der Masse ist Kaufmann O. Levy. Anmeldefrist: 24. Februar.

Landsberg a. W., 10. Februar. Eine einheitliche Verfügung der königl. Regierung in Frankfurt a. O. ordnet an, daß öffentliche Tanzlustbarkeiten in den Städten nicht mehr als ein Mal im Monat, auf dem platten Lande nicht öfters als ein Mal binnen zwei Monaten und zwar stets gleichzeitig am selben Sonntag in allen Tanzlokalen der betreffenden Ortschaft stattfinden dürfen.

Gerichts-Zeitung.

Wien, 11. Februar. Der Weichselrohr-Fabrikant Sigmund Bing, der, wie seiner Zeit gemeldet wurde, auf 45 deutsche Firmen Wechsel in Höhe von 345 000 Mark gefälscht hatte, wurde nach dem Wahrspruch der Geschworenen zu vierjährigem schweren Kerker verurtheilt, sein mitangeklagter Schwager Wilhelm Hofmann freigesprochen.

Börsen-Berichte.

Stettin, 12. Februar. Wetter: Leicht bewölkt. Temperatur + 2 Grad Reaumur. Barometer 762 Millimeter. Wind: NW.

Privat-Ermittelung.

Weizen ruhig, 164,00—165,00 bez.
Roggen ruhig, 119,00—120,50 bez.
Hafer unverändert, 128,00—131,00 nom.
Spiritus per 100 Liter à 100 Prozent loko 70er 36,0 bez.
Rüböl unverändert, loko ohne Faß bei Kleinigkeiten 54,00 B., per Februar 55,00 B., per April-Mai 55,25 B.
Petroleum loko 10,60 verzollt, Kasse 5/12 Prozent.

Hamburg, 11. Februar, Nachm. 3 Uhr. Kaffee. (Schlußbericht.) Good average Santos per März 50,25, per Mai 50,75, per September 51,50, per Dezember 52,00.

Hamburg, 11. Februar, Nachm. 3 Uhr. Zucker. (Schlußbericht.) Rüben-Rohzucker 1. Produkt Basis 88% Rendement neue Usance frei an Bord Hamburg per Februar 9,15, per März 9,17½, per April 9,25, per Mai 9,37½, per August 9,60, per Oktober 9,47½. Stetig.

Bremen, 11. Februar. (Börsen-Schlußbericht.) Raffinirtes Petroleum. (Offizielle Notirung der Bremer Petroleum-Börse.) Still. Loko 5,85 B. Russisches Petroleum. Loko —,—. Schmalz ruhig. Wilcox 21¾ Pf., Armour shield 21¾ Pf., Cudahy 23 Pf., Choice Grocery 23 Pf., White label 23 Pf., Fairbanks — Pf. Speck ruhig. Short clair middl. loko 22 Pf.

Wien, 11. Februar. Getreidemarkt. Weizen per Frühjahr 7,99 G., 8,00 B., per Mai-Juni 7,94 G., 7,96 B. Roggen per Frühjahr 6,78 G., 6,80 B., per Mai-Juni 7,74 G., 7,76 B. Mais per Mai-Juni 4,15 G., 4,16 B. Hafer per Frühjahr 6,38 G., 6,40 B.

Pest, 11. Februar, Vorm. 11 Uhr. Produktenmarkt. Weizen loko flau, per Frühjahr 7,73 G., 7,74 B., per Mai-Juni 7,72 G., 7,73 B. Herbstweizen 7,33 G., 7,34 B. Roggen per Frühjahr 6,41 G., 6,43 B. Hafer per Frühjahr 6,03 G., 6,05 B. Mais per Mai-Juni 3,81 G., 3,82 B. Raps per August-September 10,95 G., 11,05 B. — Wetter: Milde.

Amsterdam, 11. Februar. Bancazinn 37,00.

Amsterdam, 11. Februar. Java-Kaffee good ordinary 51,75.

Amsterdam, 11. Februar, Nachm. Getreidemarkt. Weizen auf Termine matt, per März 194,00, per Mai 190,00. Roggen loko —, do. auf Termine ruhig, per März 106,00, per Mai 105,00, per Juli 104,00. Rüböl loko —,—, per Mai —,—, per Herbst —,—.

Antwerpen, 11. Februar. Getreidemarkt. Weizen träge. Roggen ruhig. Hafer ruhig. Gerste ruhig.

Antwerpen, 11. Februar, Nachm. 2 Uhr — Minuten. Petroleummarkt. (Schlußbericht.) Raffinirtes Type weiß loko 18,00 bez. u. B., per Februar 18,00 B., per März 18,25 B., per April —,— B. Fest.

Antwerpen, 11. Februar. Schmalz per Februar 47,50. Margarine ruhig.

Paris, 11. Februar, Nachm. Rohzucker (Schlußbericht) ruhig, 88% loko 24,50 bis 24,75. Weißer Zucker behauptet, Nr. 3 per 100 Kilogramm per Februar 26,75, per März 26,87, per März-Juni 27,25, per Mai-August 27,75.

Paris, 11. Februar, Nachm. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen ruhig, per Februar 22,50, per März 22,65, per März-Juni 23,00, per Mai-August 23,30. Roggen ruhig, per Februar 14,75, per Mai-August 14,75. Mehl ruhig, per Februar 47,30, per März 47,35, per März-Juni 47,60, per Mai-August 47,85. Rüböl matt, per Februar 57,50, per März 57,50, per Mai-August 58,00, per September-Dezember 58,00. Spiritus ruhig, per Februar 32,25, per März 32,50, per März-April 32,75, per Mai-August 33,75. — Wetter: Aufklärend.

Havre, 11. Februar, Vorm. 10 Uhr 30 Min. (Telegramm der Hamburger Firma Peimann, Ziegler & Co.) Kaffee Good average Santos per März 61,50, per Mai 61,75, per September 62,25. Ruhig.

London, 11. Februar. Chili-Kupfer 50 13/16, per drei Monate 51 3/16.

London, 11. Februar. 96proz. Javazucker 11,12, fest aber ruhig. Rüben-Rohzucker loko 9 1/16, fest. Centrifugal-Kuba —,—.

London, 11. Februar. An der Küste 1 Weizenladung angeboten.

London, 11. Februar. Kupfer. Chilibars good ordinary brands 50 Lstr. 17 Sh. 6 d. Zinn (Straits) 61 Lstr. — Sh. — d. Zink 17 Lstr. 17 Sh. 6 d. Blei 11 Lstr. 17 Sh. 6 d. Roheisen. Mixed numbers warrant 46 Sh. 11 d.

London, 11. Februar. Spanisches Blei 11 Lstr. 13 Sh. 9 d.

Glasgow, 11. Februar, Nachm. Roheisen. (Schluß.) Mixed numbers warrants 47 Sh. — d. Warrants middlesborough III. 40 Sh. 3 d.

Newyork, 11. Februar, Abends 6 Uhr.

	11.	10.
Baumwolle in Newyork	7 3/16	7 3/16
do. in Neworleans	6 13/16	6 13/16
Petroleum Rohes (in Cases)	6,95	6,95
Standard white in Newyork	6,25	6,25
do. in Philadelphia	6,20	6,20
Pipe line Certificates	92,50	92,50
Schmalz Western steam	3,95	3,95
do. Rohe und Brothers	4,20	4,25
Zucker Fair refining Moscovados	2,75	2 13/16
Weizen kaum stetig.		
Rother Winter- loko	91,25	92,12
per Februar	82,62	83,62
per März	83,75	84,75
per Mai	81,25	82,12
per Juli	78,50	79,00
Kaffee Rio Nr. 7 loko	9,75	9,75
per März	9,15	9,20
per Mai	9,20	9,25
Mehl (Spring-Wheat clears)	3,60	3,60
Mais ruhig,		
per Februar	28,37	28,50
per Mai	29,12	29,25
per Juli	30,25	30,37
Kupfer	11,95	11,95
Zinn	13,45	13,50
Getreidefracht nach Liverpool	2,50	2,75

Chicago, 11. Februar.

	11.	10.
Weizen kaum stetig, per Febr.	74,00	74,87
per Mai	75,50	76,37
Mais ruhig, per Februar	21,62	21,62
Pork per Februar	7,57½	7,60
Speck short clear	4,12½	4,12½

Paris, 11. Februar, Nachm. (Schluß-Kourse.) Ruhiger.

	11	10
3% Franz. Rente	102,35	102,67
4% Ital. Rente	89,12½	90,65
Portugiesen	23,20	23,40
Portugiesische Tabaksoblig.	485,00	484,00
4% Rumänier	—,—	—,—
4% Russen de 1889	102,00	—,—
4% Russen de 1894	66,10	66,25
3½% Russ. Anl.	—,—	100,50
3% Russen (neue)	90,60	91,30
4% Serben	65,50	66,50
3% Spanier äußere Anleihe	62,25	62,62
Convert. Türken	18,85	19,60
Türkische Loose	95,50	99,00
4% türk. Pr.-Obligationen	425,00	434,00
Tabac: Ottom.	299,00	305,00
4% ungar. Goldrente	—,—	—,—
Meridional-Aktien	626,00	632,00
Oesterreichische Staatsbahn	744,00	755,00
Lombarden	—,—	—,—
B. de France	36,40	—,—
B. de Paris	817,00	830,00
Banque ottomane	517,00	530,00
Credit Lyonnais	765,00	773,00
Debeers	732,00	752,00
Langl. Estat.	107,00	107,00
Rio Tinto-Aktien	673,00	686,00
Robinson-Aktien	200,00	205,00
Suezkanal-Aktien	3164,00	3187,00
Wechsel auf Amsterdam kurz	206,43	206,37
do. auf deutsche Plätze 3 M.	122 9/16	122 9/16
do. auf Italien	5,25	4,87
do. auf London kurz	25,17½	25,17½
Cheque auf London	25,19½	25,19½
do. auf Madrid kurz	395,00	397,00
do. auf Wien kurz	208,00	208,12
Huanchaca	68,00	68,00
Privatdiskont	1 7/8	1 7/8

Woll-Berichte.

Bradford, 11. Februar. Wolle ruhig, eher fester; Mohair geschäftslos, Preise nominell; Garne fester, belebter; in Stoffen mehr Geschäft.

Bankwesen.

Paris, 11. Februar. Bankausweis.
Baarvorrath in Gold Franks 1 911 065 000, Zunahme 1 022 000.
Baarvorrath in Silber Franks 1 229 831 000, Abnahme 974 000.
Portefeuille der Hauptbanken und deren Filialen 794 365 000, Abnahme 35 989 000.
Notenumlauf Franks 3 718 199 000, Abnahme 46 957 000.
Laufende Rechnung d. Priv. Franks 452 850 000, Abnahme 59 262 000.
Guthaben des Staatsschatzes Franks 250 757 000, Zunahme 48 227 000.
Gesamt-Vorschüsse Franks 353 431 000, Abnahme 13 017 000.
Zins- und Diskont-Erträgnisse Franks 3 224 000, Zunahme 243 000.
Verhältniß des Notenumlaufs zum Baarvorrath 84,47 Prozent.

London, 11. Februar. Bankausweis.
Totalreserve Pfd. Sterl. 28 859 000, Zunahme 615 000.
Notenumlauf Pfd. Sterl. 25 644 000, Abnahme 220 000.
Baarvorrath Pfd. Sterl. 37 704 000, Zunahme 396 000.
Portefeuille Pfd. Sterl. 28 456 000, Abnahme 428 000.
Guthaben der Privaten Pfd. Sterl. 40 699 000, Abnahme 2 321 000.
Guthaben des Staats Pfd. Sterl. 13 175 000, Zunahme 2 509 000.
Notenreserve Pfd. Sterl. 26 429 000, Zunahme 561 000.
Regierungs-Sicherheit Pfd. Sterl. 14 768 000, Abnahme 3000.
Prozentverhältniß der Reserve zu den Passiven 53⅜ gegen 52½ in der Vorwoche.
Clearinghouse-Umsatz 129 Mill., gegen die entsprechende Woche des vorigen Jahres mehr 6 Millionen.

Schiffsnachrichten.

Glasgow, 11. Februar. Einer hier eingegangenen Meldung zufolge ist der Dampfer „Cyanus“, von Bilbao nach Glasgow unterwegs, in der Nähe von Ouessant gänzlich verloren gegangen. Von der Mannschaft, die aus 21 Köpfen bestand, wurde nur ein Mann gerettet.

Wasserstand.

* **Stettin**, 12. Februar. Im Revier 5,40 Meter = 17' 2".

Telegraphische Depeschen.

Wien, 12. Februar. (Privattelegramm.) Graf Wolkerstein, der Oberstjägermeister des Kaisers von Oesterreich, hat sich heute früh in seiner Wohnung erschossen.

Temesvar, 12. Februar. Für Sonnabend ist der Ausbruch eines allgemeinen Streiks in allen südungarischen Werken der Staatseisenbahngesellschaft signalisirt worden.

Paris, 12. Februar. In Folge eines Depeschenwechsels mit Petersburg hat Minister Hanotaux, wie verlautet, vergangene Nacht an den französischen Botschafter telegraphirt, der Pforte Vorstellungen zu machen, daß die Unabhängigkeit und die Integrität der Türkei von der sofortigen Durchführung der Reformen abhängt, welche in der letzten Note der Mächte gefordert wurden.

Paris, 12. Februar. Präsident Faure konferirte gestern mit dem Minister Hanotaux über die Lage im Orient. Die offiziell von Hanotaux inspirirte Presse erklärt, es gebe nur ein Mittel, die Ehre der Diplomatie, den Frieden im Orient und in Europa zu retten. Dieses Mittel müßte sofort angewendet werden. Die Großmächte müßten der Türkei verbieten, Truppen nach Kreta zu senden und Griechenland dazu bewegen, sein Geschwader zurückzuziehen und auf Kreta die versprochenen Reformen energisch durchführen zu lassen.

Rom, 12. Februar. Gestern Nachmittag fand auf der Konsulta der übliche diplomatische Wochenempfang statt, welcher sich in Folge der drängenden Ereignisse im Orient sehr lebhaft gestaltete. Das Gespräch der Botschafter Oesterreich-Ungarns und Deutschlands mit dem Minister des Auswärtigen Visconti-Venosta dauerte länger als eine Stunde. Der englische Botschafter sagte dem Minister, die Einigkeit der Mächte erfülle ihn mit der größten Zuversicht und es sei ihm undenkbar, daß Griechenland angesichts des entschiedenen Willens Europas, den Frieden zu wahren, sein gewagtes Spiel fortsetzen werde. Von berufener Seite wird mitgetheilt, daß die Großmächte eine Verstärkung der türkischen Besatzung auf Kreta nicht zugeben, daß sie aber auch darauf dringen werden, daß das griechische Geschwader die kretensischen Gewässer verlasse. Sei dies erreicht, so gedenke man die Justiz und Verwaltungsreformen unter die unmittelbare Aufsicht der Mächte zu stellen und die Insel bis zur vollen Herstellung eines befriedigenden Zustandes von Griechenland zu isoliren.

Athen, 12. Februar. Eine neue Flotte von vier Torpedobooten steht im Piräus bereit, um nach Kreta abzudampfen. Die griechisch-türkische Grenze ist schleunig besetzt worden. Die Regierung forderte einen Kredit von 600 000 Drachmen für die kretensischen Christen, welchen die Deputirtenkammer in Höhe von 500 000 Drachmen bewilligte. Aus Heraklion wird gemeldet, daß in Folge der Vorstellungen der Konsuln der Gouverneur die Abreise der Christen gestattete. Offiziell wird berichtet, daß die griechische Regierung den Beweis besitzt, daß der Sultan seinen Flügeladjutanten nach Kreta mit der Instruktion geschickt hat, daß die türkischen Truppen, im Verein mit den Muselmännern die Niedermetzlung und Plünderung auf der Insel beginnen sollen, sobald die Reformen, welche der Sultan genehmigt hatte, ausgeführt würden.

Konstantinopel, 12. Februar. Im Yildiz-Palast herrscht wegen der Haltung Griechenlands und wegen großen Geldmangels Bestürzung und Rathlosigkeit. Der Sultan hatte die Absicht, sofort Befehl zum Einmarsch türkischer Truppen in Griechenland zu ertheilen, der Sultan wurde jedoch von diesem Vorhaben durch eine einflußreiche Persönlichkeit abgebracht. Man soll hier Beweise haben, daß Griechenland von zwei Großmächten im Geheimen unterstützt wird.